

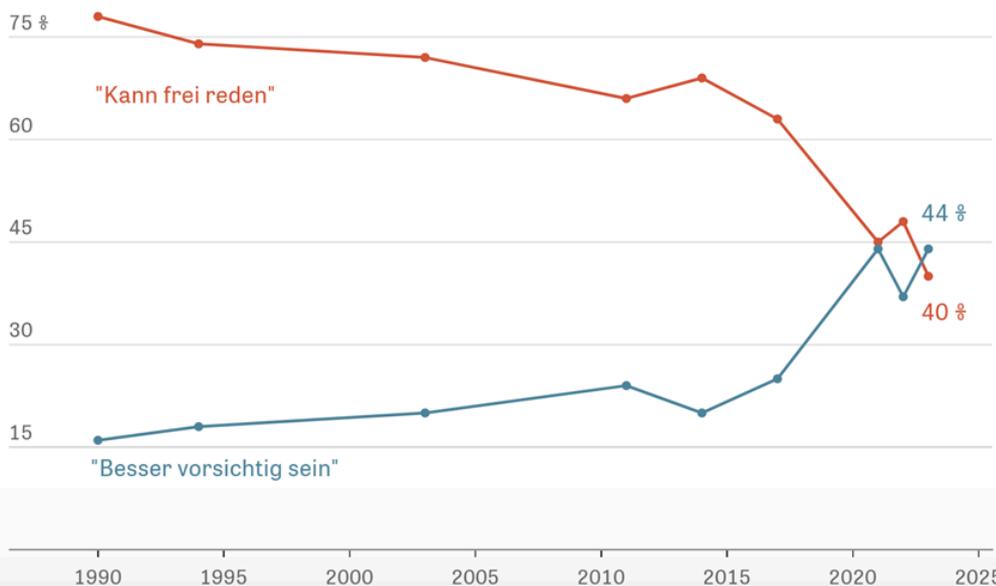
Für eine integrative, demokratische Alternative zur “Allianz gegen Rechtsextremismus”

Ohne Meinungsfreiheit gibt es keine Demokratie. Unser Rechtsstaat setzt hierzu Grenzen, die von allen gleichermaßen respektiert werden müssen. Wer sich an dessen Stelle zum Schiedsrichter über den politischen Wettbewerb aufschwingt, gefährdet unsere Demokratie. Das laut Umfragen bereits gesunkene Vertrauen in die Meinungsfreiheit würde so weiter schwinden.

Öffentliche Institutionen haben in ihrem Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung die besondere Pflicht, Pluralismus und freien politischen Wettbewerb, insbesondere die Chancengleichheit der Parteien, zu ermöglichen und zu erhalten. Gleichzeitig müssen sie gegenüber extremistischen Angriffen wachsam und wehrhaft sein. Die Vernachlässigung einer der unterschiedlichen Bedrohungen wäre unverantwortlich.

Gefühlte Meinungsfreiheit im Zeitvergleich

"Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser vorsichtig zu sein?"



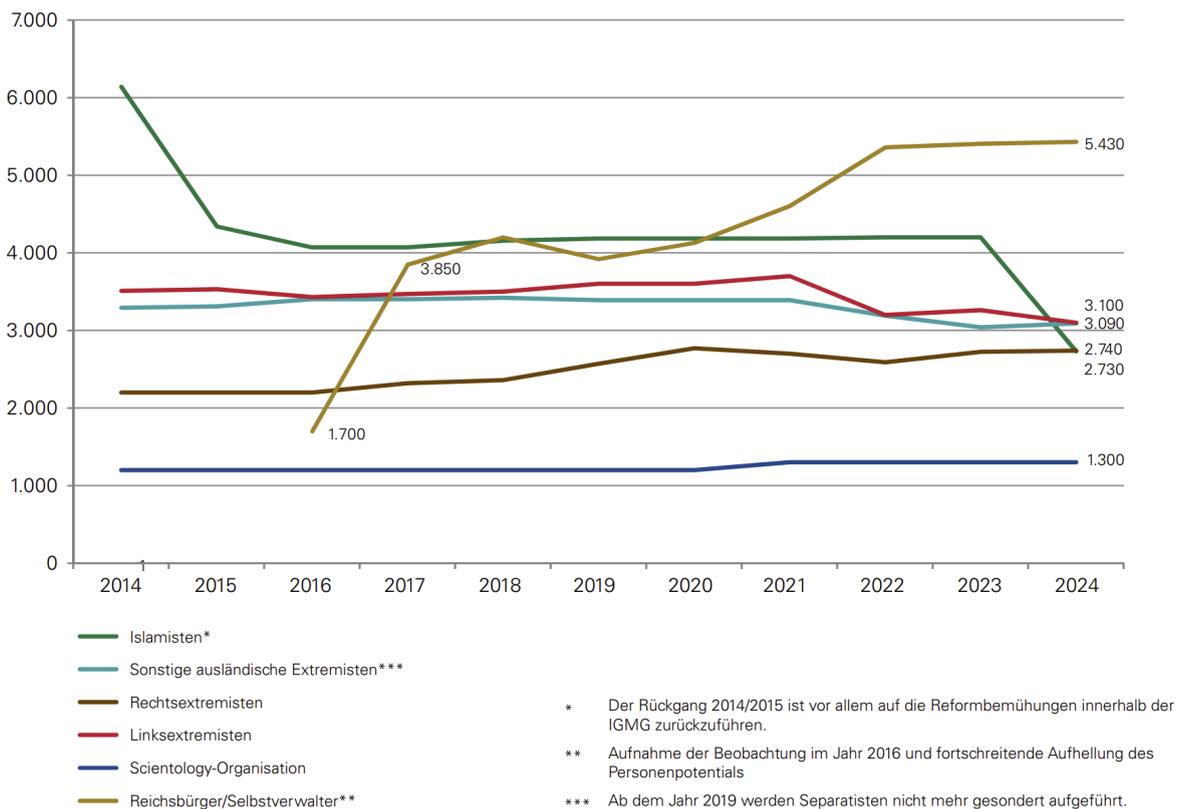
Quelle: IfD-Umfrage

www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/meinungsfreiheit-zensur-studie-freiheitsindex-deutschland-2023

Der bayerische Verfassungsschutzbericht von 2024 verzeichnet immer noch jeweils mehr Linksextremisten und auslandsbezogene Extremisten als Rechtsextremisten, sowie fast genauso viele Islamisten. Die “Allianz gegen Rechtsextremismus in der Europäischen Metropolregion Nürnberg” sollte laut einstimmigem Beitrittsbeschluss des Landkreises Fürth gegen jeden Extremismus ausgerichtet werden. Dies mißlang aber bis heute 16 Jahre lang - ebenso wie eine nachweisbare Reduzierung von Rechtsextremisten durch sie.

Veranstaltungen der "Allianz", auf denen bereits im Vorhinein dem Publikum vom Podium herab gedroht wird, abweichende, angeblich "rechtspopulistische" Meinungen zu unterbinden, statt sie zu widerlegen, können Demokraten nur irritieren. Das Engagement für Demokratie wird durch solche mangelnde Diskussionskultur diskreditiert und aufgegeben, weil mit dem (vermeintlich) extremistischen Bade auch das demokratische Kind ausgeschüttet wird.

Anzahl der Extremisten in Bayern



https://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/vsb-2024_250408_pk.pdf

Auch das Aufklären von Verschwörungstheorien wird unglaublich, wenn man hinter der ganzen rechten Hälfte unserer politischen Kultur eine Verschwörung vermutet und den Kreis der Rechtsextremisten auf alle Kritiker teils rechtswidriger Corona- und Asyl-Maßnahmen ausdehnt. Dies verengt die Debatte und verwässert die politischen Begriffe.

Die Bundeszentrale für politische Bildung und der Verfassungsschutz unterscheiden dagegen zwischen rechts, rechtspopulistisch, rechtsradikal und rechtsextrem. Nur letzteres ist verfassungsfeindlich (Die ehem. grüne Regierungspartei wirbt bis heute mit dem Begriff "radikal": <https://www.gruene-bundestag.de/publikationen/publikation/umweltpolitik/>).

Der Vorsitzende der "Allianz" mußte bereits eine Unterlassungserklärung unterschreiben, die ihm untersagt, wahrheitswidrig den Nürnberger AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Sichert als Holocaust-Leugner zu bezeichnen. Mit dem Begriff "menschenfeindlich" entmenschlicht er den parteipolitischen Gegner AfD. Parteigliederungen der Linke sind andererseits Mitglied in der "Allianz".

Die "Allianz" schreckt selbst nicht vor einem Hineinregieren in die neutrale kommunale Selbstverwaltung zurück: Kommunen wie der Gemeinde Schwarzenbruck wird der Beitritt verwehrt, wenn sie sich nicht von örtlichen Unternehmern und Bürgern distanzieren, weil diese sich gesellschaftskritisch unerwünscht engagieren (s. Fall des youtube-Kanals "[Hallo Meinung](#)" von Peter Weber: <https://n-land.de/lokales/schwarzenbruck/kein-zutritt>).

TOP Ö 7: Beitritt zur Allianz gegen Rechtsextremismus (Antrag der CSU-Kreistagsfraktion vom 15.05.2009)

Sitzung: 06.07.2009 6 KA 2008/2014

Beschluss: Beschluss:

Abstimmung: Ja: 11, Nein: 0

1. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einen Beitritt des Landkreises Fürth zur Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg.
Der Landkreis wendet sich in diesem Zusammenhang gegen jeglichen politischen, religiösen und verfassungsfeindlichen Extremismus in all seinen Facetten.
Der Landrat wird ermächtigt und beauftragt, mit der Allianz Gespräche zu führen, mit dem Ziel das Handlungsprogramm auch gegen alle anderen demokratiefeindlichen Bewegungen nutzbar zu machen.

https://buergerinfo-landkreis-fuerth.digitalfabrix.de/to0050.asp?__ktonr=2238

Der autoritärer Ansatz der "Allianz" wertet Randgruppen oft sogar unfreiwillig auf, ähnlich wie bei der Zunahme der Reichsbürger nach sensationssüchtiger Medienberichterstattung und teils von Profilierungssucht getriebenen, übergriffigen Corona-Maßnahmen. Auch kann dies das gegenseitige Aufschaukeln von "Antifa" und Rechtsextremisten, bis hin zu Gewalt gegen Plakate, Infostände und Andersdenkende fördern.

Für ihre Finanzierung versteckt sich die "Allianz" hinter dem bürgerlich klingenden "Verein zur Förderung demokratischer Werte in der Metropolregion Nürnberg e.V." und hat ihren Sitz im "Menschenrechtsbüro" der Stadt Nürnberg. 2019 wurde die Allianz über das Bundesprogramm "Demokratie leben" mit fast 100.000 € gefördert. Die Anfrage der Union zur notwendigen parteipolitischen Neutralität gemeinnütziger steuerfinanzierten NGOs war auch hier berechtigt und wurde für Mittelfranken vom AfD-Bezirksvorsitzenden bereits in einem [Schreiben an das Finanzamt](#) vorweggenommen.

Nach liberaler Grundauffassung sind Politik und Weltanschauung sowie Staat und Gesellschaft zu trennen. Es herrschen Partizipationsfreiheit sowie das Recht auf Opposition und Minderheitenschutz. Alle diese demokratischen Prinzipien werden durch das Engagement der Kommunen und des von Ihnen getragenen Vereins "Europäische Metropolregion Nürnberg e.V." in der "Allianz" verletzt. Hier sind nämlich gesellschaftliche Organisationen mit kommunalen Institutionen vereint tätig, um das politische Engagement von Bürgern zu bewerten, von denen sie selbst eigentlich bewertet werden sollten.

Ein demokratischer Willensbildungsprozess geht von unten nach oben! In einer liberalen Demokratie dürfen Kritiker nicht mit undemokratischen Mitteln bekämpft, benachteiligt oder gar gleichgeschaltet werden, solange sie sich demokratisch verhalten. Allein zuständig für die Bewertung von Parteien und Einzelpersonen ist das Bundesverfassungsgericht und von Vereinen das Bundesverwaltungsgericht. Kommunen dürfen sich nur um "Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft" kümmern und selbst der Verfassungsschutz hält sich vor Wahlen zurück.



Interview mit Stephan Doll von der Allianz gegen Rechtsextremismus



Bezirksjugendring Mittelfranken
49 Abonnenten

Abonnieren

👍 3



➦ Teilen



Herunterladen



[Der Vorsitzende der Allianz in einem Interview auf Youtube: www.youtube.com/watch?v=Hj5yZwS8Xao](https://www.youtube.com/watch?v=Hj5yZwS8Xao)

Der bayerische Verwaltungsgerichtshof hat im Falle Nürnbergs bereits die Verletzung der Neutralitätspflicht der Verwaltung und damit eines fundamentalen demokratischen Rechts durch ihre Mitgliedschaft in der "Allianz" festgestellt. Um wieviel größer ist dieser Schaden für die Demokratie als der durch einzelne undemokratische Trittbrettfahrer in allen im Parlament vertretenen Parteien? Die Demokratie sollte schließlich "Heimstatt aller Bürger" sein, die Verwaltung von allen Bürgern gleichermaßen als vertrauensvoll angesehen und keine Partei im Wettbewerb benachteiligt werden.

MITGLIEDER

Derzeit gehören 165 Städte, Gemeinden und Landkreise sowie 322 zivilgesellschaftliche Organisationen und Institutionen dem Netzwerk an und die Mitgliederzahlen wachsen kontinuierlich.

<https://www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de/allianz/allianz>

Die Partizipationsfreiheit, also die Freiwilligkeit der Mitwirkung, macht es den Parteien zur Aufgabe, selbst von der Demokratie zu überzeugen. Dies ist ein Ansporn, im Sinne des Volkes zu handeln und seine Zustimmung durch Argumente zu gewinnen. Die Parteien sollten daher wieder mehr Vertrauen in ihre eigene Überzeugungskraft und die Urteilsfähigkeit der Bürger setzen!

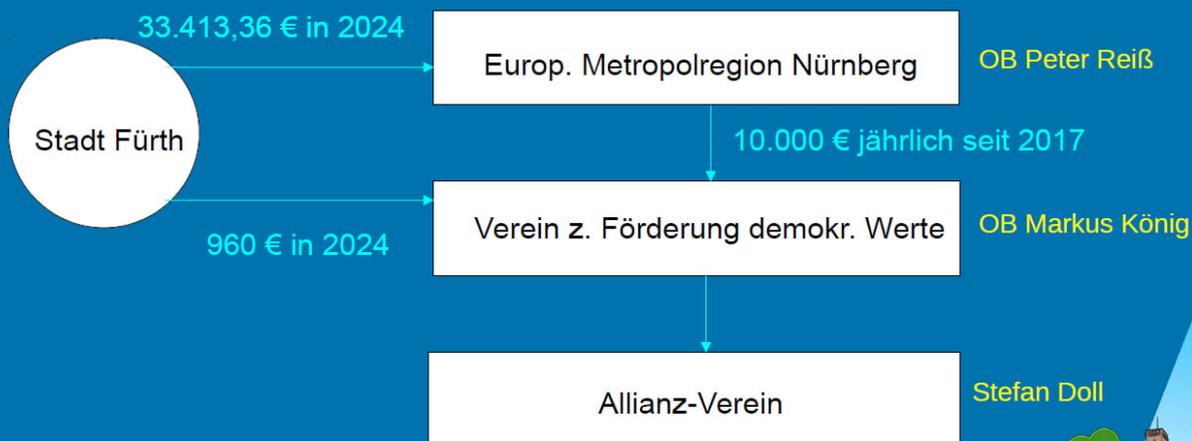
Eine positive Alternative zum Extremismus und zur Spaltung der Gesellschaft überzeugt durch offene und breite Möglichkeiten der Debatte und mehr direktdemokratische Mitbestimmung. Unterstützt und gefördert werden könnten dazu überparteiliche Veranstaltungen zu den aktuellsten umstrittenen Themen, bei denen gegensätzliche Standpunkte vorgestellt und diskutiert werden. Hier müssen auch politische Ränder Anregungen geben können und so möglichst viele Bürger in die Demokratie integriert werden, statt sie einzuschüchtern und weiter in die Arme von Extremisten zu treiben.

Viele Bürger haben mehr Interesse an einer solchen anregenden und offenen Debatte, statt bereits von vornherein erwartbare Inhalte mit selbstverständlichen Allgemeinplätzen in der Art von Sonntagsreden präsentiert zu bekommen. Volkshochschulen, die Bundeszentrale für politische Bildung, die Kirchen oder z.B. der gemeinnützige Verein "Mehr Demokratie" können hier tätig sein. Demokratie lebt von Kritik. Sie überzeugt in gewinnender Praxis und nicht als Kampfbegriff gegen Andersdenkende. Aber vor allem: Demokraten erkennt man an den Taten!

Es stellen sich weiter folgende Fragen:

1. Welche Gelder fließen von welchen Organisationen an die "Allianz"?
2. Welche materielle und ideelle Unterstützung erfährt sie darüber hinaus?
3. Wie sieht die demokratische Kontrolle der "Allianz" aus? Warum endet die Veröffentlichung der Protokolle der Mitgliederversammlungen in 2022?
4. Welchen Einfluß haben die Mitglieder auf die Ausrichtung ihrer Arbeit? Was wurde getan, um sie gegen jeden Extremismus auszurichten und wie waren die Reaktionen darauf?
5. Wie findet eine Qualitätskontrolle statt? (Zieldefinition, Besucherzahlen von Veranstaltungen, Rückgang von Extremisten oder extremistischen Aktivitäten in der Region, Erreichung von potentiellen Extremismus-Aussteigern, etc.)
6. Welche Querverbindungen hat sie in der Zusammenarbeit mit "antifaschistischen" Gruppierungen, die vom Verfassungsschutz als linksextrem eingestuft werden?
7. Wie groß ist die Gefahr, daß rechtsextreme oder linksextreme Ansichten in der Metropolregion Nürnberg über ein Randphänomen heraus anwachsen?
8. Wieso ist ein Landkreis in einer Organisation, die in der Frage von Asyl und Migration diametral andere Positionen vertritt als der Deutsche Landkreistag?

Metropolregion und Allianz



AfD-Stadtratsgruppe Fürth

190,5 mm



Anfrage-Ergebnis der AfD-Stadtratsgruppe Fürth: https://stadtrat.fuerth.de/vo0050.asp?_kvonr=64063

DAS HÖCHSTE ORGAN DER ALLIANZ!

Die Mitgliederversammlung der Allianz findet einmal im Jahr statt.

Für Sie als Mitglied der Allianz, ist die Mitgliederversammlung eine tolle Gelegenheit, sich aktiv einzubringen, sich über die Aktivitäten der Allianz zu informieren, eigene Vorschläge einzubringen und alle zwei Jahre die Zusammensetzung des Vorstands und des Koordinierungsgremiums zu bestimmen.

Mitmachen lohnt sich!

Die Mitgliederversammlung ist schriftlich mit einer Frist von mindestens vier Wochen unter Angabe der Tagesordnung durch den/die Vorsitzende*n einzuberufen.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung findet statt, wenn dies mindestens ein Fünftel der Mitglieder unter Angabe der Gründe verlangt. Außerordentliche Mitgliederversammlungen können mit einer Frist von zwei Wochen einberufen werden.

Den Ort der Mitgliederversammlung und die Tagesordnung legt der Vorstand in Absprache mit dem Koordinierungsgremium fest.

Die Mitgliederversammlung trifft die in der Satzung genannten sowie alle anderen für die Allianz gegen Rechtsextremismus grundlegenden Entscheidungen.

HIER GEHT'S ZU DEN MV'S DER LETZTEN JAHRE

[2022 Mitgliederversammlung, Hybrid aus Nürnberg](#)

[2021 Mitgliederversammlung, Digital](#)

[2020 Mitgliederversammlung, Hybride Veranstaltung](#)

[2019 Mitgliederversammlung, Nürnberg](#)

[2018 Mitgliederversammlung, Bamberg](#)

<https://www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de/allianz/mitgliederversammlungen>

Fazit:

Eine Mitgliedschaft von Kommunen in der „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg“ ist widersinnig, weil

1. jedem Bürger die Neutralität der Verwaltung zusteht
2. die Chancengleichheit der Parteien zu gewährleisten ist
3. geregelte Einwanderung nicht rechtsextrem, sondern im Interesse der Kommunen ist
4. die Kommunen nur Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft regeln dürfen
5. Staat und Gesellschaft zu trennen sind
6. Politik und Weltanschauung zu trennen sind
7. der bayerische Verfassungsschutz mehr andere Extremisten zählt
8. eine offene Debattenkultur besser gegen Extremismus wirkt

Hintergrund-Links:

- Antrag der AfD-Kreistagsfraktion (Landkreis Fürth) zur „Allianz gegen Rechtsextremismus“:
<https://buengerinfo-landkreis-fuerth.digitalfabrix.de/getfile.asp?id=563720&type=do>

- Beschlussvorlage der Verwaltung des Landkreis Fürth zum o.g. Antrag:
<https://buengerinfo-landkreis-fuerth.digitalfabrix.de/getfile.asp?id=564520&type=do>

- Urteil des BayVGH gegen die Stadt Nürnberg:
<https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/Y-300-Z-BECKRS-B-2024-N-31652?hl=true>
https://vgh.bayern.de/mam/gerichte/bayvgh/presse/4_b_23.2005.pdf

- Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages zum Neutralitätsgebot:
<https://www.bundestag.de/resource/blob/962724/ef173d35aed44d843a6543628c229e6e/W/D-3-085-23-pdf-data.pdf>

- kommunal.de zum Urteil gegen die Stadt Nürnberg
<https://kommunal.de/neutralitaetspflicht-stadt-muss-allianz-gegen-rechtsextremismus-verlassen>

- Unterlassungserklärung des Vorsitzenden der „Allianz gegen Rechtsextremismus“
<https://www.hoecker.eu/news/h%C3%B6cker-stoppt-kampagne-des-dgb-gesch%C3%A4fts%C3%BChrers-stephan-doll-gegen-den-afd-politiker-martin-sichert>

Zirndorf, den 16.04.2025, Claus-Georg Pleyer (Bildquellen jeweils unter den Abb.)
facebook.com/afdcgp, www.claus-georg-pleyer-afd.de